

Donnerstag, 02. April 2020, Usinger Neue Presse / Lokales

Nein, sie hat nicht stattgefunden. Die Stadtverordnetensitzung ist ausgefallen. Da aber derzeit nur schwere Themen und Probleme die Szenerie bestimmen, tun wir mal humorvoll so, als hätte sie stattgefunden. Und haben in einer Glosse die imaginäre Debatte um einen Grünen-Antrag "orakelt". Mit zwinkerndem Auge, damit auch mal in Corona-Zeiten geschmunzelt werden kann.

Der Insekten-Antrag, der eigentlich nicht diskutiert wurde



Wie aus einem Antrag für eine Mücke ein politischer Elefant wird: Mit viel Humor hat unser Karikaturist die Glosse zeichnerisch begleitet: Wie rettet man alle Insekten mittels politischer Vorgaben?karikatur: schwarze-blanke

Usingen - Mit ihrem Antrag zu "Insektenfreundlichen Gärten" haben die Grünen in der jüngsten Parlamentssitzung eine lebhaftige Debatte ausgelöst.

Der Vorschlag: "Der Magistrat soll prüfen, ob künftig die Gestaltung von Privatgärten mit Steinen, Kies, Schotter, Folienabdichtung oder ähnlichen Baustoffen zu verhindern ist." So könne man zur Insektenvielfalt beitragen. Für die CDU legte Alexander Jackson sein Veto ein. Ein solch staatlicher Eingriff überbiete die Maßnahmen zur Corona-Krise, zudem werde die Schotter- und Folienindustrie schwer geschädigt. Die CDU lehne ein solch sozialistisch angehauchtes Vorpreschen strikt ab. Die Grüne Ellen Enslin verwahrte sich gegen solches Schubladendenken: "Wir müssen die Insekten in die Vorgärten bringen." Damit goss sie Öl in die Argumentation von FWG-Sprecher Hellwig Herber. Er habe auf seinem Motorradhelm schon genügend Leichen kleben, da müsse man nicht noch stechende Insekten beim abendlichen Grillen um sich haben und ansiedeln. Enslin meldete sich erneut zu Wort und legte einen Ergänzungsantrag auf den Tisch: Motorrad- und Autofahren solle im Stadtgebiet nicht ohne einen das Überleben sichernden Insektenschutz aus Netz erlaubt sein. Das Verbringen der in diesem Netz gefangenen Tiere auf passende Pflanzen müsse nach der Fahrt sichergestellt sein.

Alle Bereiche
unterstützen

Gerhard Brähler hätte als FDP-Fraktionschef dem ursprünglichen Antrag zugestimmt, konnte sich aber mit der Ergänzung nicht anfreunden: "Wenn wir schon Baustoffproduzenten benachteiligen, können wir nicht im Gegenzug Netzhersteller fördern."

Mit einem Ergänzungsantrag wollte er die Kuh vom Eis bringen: Die Stadt solle jährlich 100 Kubikmeter Schotter, Steine und Kies als Ersatz bestellen und diese der Rhein-Main-Deponie zur Verfügung stellen, um so in naher Zukunft die Deponie Brandholz hoch genug aufzuschütten und damit

Wintersport zu ermöglichen. Dies nahm Jackson zum Anlass, ebenfalls einen Ergänzungs-Passus vorzulegen: Die Stadt soll sich den künftigen Skihügel als Eigentum sichern und dort einen Parcours für Motorradfahrer anlegen, die ohne Insektenschutznetz fahren wollten.

Enslin beantragte sofort den Passus, auch Fahrradfahrer dort mit aufzunehmen.

Bei der SPD herrschte geteilte Meinung. Bernard Müller als Fraktionschef hatte Probleme mit dem Wort Insekten, er wolle in Bezug auf Gleichstellung auch Wölfe und Füchse in den Antrag aufgenommen sehen, da auch sie gefährdet seien. Abgeordnete Birgit Hahn betonte, sie werde nur zustimmen, wenn im Gegenzug die privaten Strahler an Hauswänden abgeschaltet würden, um die Lichtverschmutzung einzudämmen. Auch sie wären Insektengefährdend.

Bürgermeister Steffen Wernard (CDU) bat zwischenzeitlich ums Wort und wies darauf hin, dass man noch keine Lösung für die Folienhersteller gefunden habe. Sie wären schließlich auch benachteiligt. Er plädierte dafür, die Helme nicht mit Netzen, sondern Weichplastik zu versehen, damit man Insekten schonend aufprallen lassen könne.

Stadtverordnetenvorsteher Gerhard Liese (CDU) nahm alle Ergänzungsanträge auf und verwies den Grünen-Antrag in den Umweltausschuss.

Der nun vorliegende Antragstext lautet: "Der Magistrat wird gebeten, die Skipiste auf Brandholz zu erwerben und gleichzeitig Sorge zu tragen, dass eine geschotterte Zufahrt gebaut wird, die einen Fahrradweg erhält. Der Unterbau von privaten Gärten mit Motorradhelmen wird verboten und kann durch Plastikplanen ersetzt werden. Für einen Insektenschutz vor Fuchsbauten soll der Magistrat einen Plan erarbeiten und entsprechende Förderanträge beim Land stellen. Der Antrag wurde einstimmig an den Ausschuss verwiesen.bur

